Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 20

Vorwort: Punkt vier : Glaube und Politik

Autor: Sager, Peter

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DER KLARE BLICK

A. Z. Bern 1

Schweizer Kommentare für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Moderner Revisionismus (2)
Jugoslawiens Devisenschleuse (4)
Der Kette schwächstes Glied (6)

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG, Postfach 1178, Bern-Transit
Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger
Verwaltung: Oswald Schürch
Postcheck: III 24616, Telephon: 2 77 69, Druck: Verbandsdruckerei AG Bern
Jahresabonnement Fr. 20.— Halbjahr Fr. 11.— Vierteljahr Fr. 6.— **50 Rp.**

3. Jahrgang, Nr. 20 **Bern, 16. Mai 1962** *Erscheint wöchentlich*

Punkt vier: Glaube und Politik

Das letzte Problem, das durch die Abstimmung vom 1. April über die Atomverbots-Initiative unübersehbar zutage trat, ist das der politischen Krise in der protestantischen Führung. Der Ausdruck ist hart, aber unumgänglich; die Stimmen, die die Zugehörigkeit zum Protestantismus nachgerade als problematisch betrachten, sind nicht mehr selten.

Es entspricht dem Wesen des Protestantismus, wenn verschiedene Meinungen und Glaubensrichtungen nebeneinander und miteinander einhergehen. Es ist diesem Bekenntnis auch nicht abträglich, dass verschiedene Richtungen im Wettstreit liegen und in der Diskussion näher an die Wahrheit zu gelangen versuchen. Das wird durch die geistige Auseinandersetzung sogar erst gewährleistet. In dieser Vielfalt, mag sie dem oberflächlichen Betrachter zuweilen auch als Zerfall erscheinen, ist keine Krise zu erblicken.

Anders verhält es sich nun aber mit der Beziehung protestantischer Theologen zur zeitgenössischen Politik, mit der Beziehung der Kirche zum Staat. Hier ist die Krise nicht mehr zu übersehen. Sie kann auch kaum durch Wegleugnung aus der Welt geschaffen werden. Dass diese Krise auch die Welt des Glaubens erschüttert, ist ebenso verständlich wie gefährlich. So trägt der eine oder andere Theologe unbewusst zur Entfremdung des Menschen von seiner Kirche bei.

Wie äussert sich nun diese Krise? Dort, wo Theologen als solche zu den Problemen der Gemeinschaft, also zur Politik Stellung nehmen, und diese Stellungnahme fragwürdig erscheinen muss, wird eine Irreführung vorgenommen, die schliesslich die Kirche selbst belasten muss.

Als Beispiel nennen wir die Tatsache, dass in der Diskussion um die Atomverbots-Initiative 436 Pfarrer für die Annahme eingestanden sind. Diese Pfarrer haben als Theologen — und nicht als Staatsbürger — das Volk zu einer bestimmten Meinung verhalten. Der Pfarrer übt ein Amt aus, das in der Verkündigung von Gottes Wort seine Erfüllung findet. Er übt ein Amt aus, in welchem er zum Hirten seiner Gemeinde wird. Als solcher beansprucht er mit Recht eine Wirksamkeit. Diese Ausstrahlung auf die Mitmenschen, sobald sie sich auf dem politischen Gebiet bewegt, unterstellt den Pfarrer der politischen Kritik.

Ein Missbrauch der politischen Wirksamkeit liegt eindeutig vor, wenn 436 Menschen unter Angabe ihres Pfarramtes, aber unter Verschweigung ihres Namens, zu einer politischen Stellungnahme aufrufen. Man verstehe uns richtig: wir bestreiten dem Pfarrer nicht das Recht auf eine eigene Meinung in politischen oder theologischen Fragen. Wir bestreiten aber mit aller Schärfe das Recht, unter Hinweis auf das *theologische Amt* eine in ihrem Ursprung anonyme politische Beeinflussung zu vollziehen. Hätten diese 436 Theologen als Staatsbürger, das heisst unter Nennung ihres Namens ohne Betonung ihres Amtes, diese ihre Meinung vertreten, so wäre dagegen sehr wenig einzuwenden gewesen.

Wenn nämlich 436 protestantische Pfarrer ohne Nennung ihres Namens eine bestimmte politische Auffassung vertreten, so wird dadurch beabsichtigt, die Gläubigen als solche, kraft ihrer Zugehörigkeit zum Protestantismus und ohne sachliche Diskussion, von der Richtigkeit einer problematischen Auffassung in politischen Belangen zu überzeugen. Dass das keinesfalls angängig ist, zeigt die Alternative:

Entweder fliesst die politische Stellungnahme der 436 Pfarrer aus der protestantischen Theologie, und dann ist die entgegengesetzte politische Auffassung mit dem Protestantismus nicht mehr vereinbar; oder dann fliesst diese politische Stellungnahme nicht zwingend aus der Theologie, und dann sind die 436 Personen nur als Staatsbürger unter Nennung ihres Namens zu dieser Stellungnahme legitimiert.

Der Glaube ist an sich kaum beweisbar. Er darf sich trotzdem nicht in einem bewussten Gegensatz zur sinnlichen Welt bewegen. Als einmal die Tatsache entdeckt wurde, dass die Erde sich um die Sonne dreht, konnte die Kirche diesem Gesetz nicht mehr ohne Schaden widersprechen. Die auf das Diesseits bezogenen Aeusserungen des Glaubens müssen deshalb mit der Wirklichkeit übereinstimmen, wenn nicht der Zweifel am Glauben selbst geweckt werden soll. Das gilt nun aber auch für die politische Stellungnahme der Kirche.

Man betrachtet die Glaubensbasis jener kirchlichen Kreise, die mit dem Nationalsozialismus zusammenarbeiteten, als erschüttert. Aehnlich problematisch muss nun auch die Glaubensbasis jener Theologen erscheinen, die den demokratischen Staat kritisieren, ohne eine weniger schlechte und realisierbare Lösung der politischen Probleme anbieten zu können, oder die sich vom Staat überhaupt distanzieren, gelegentlich aber dennoch eine politische Stellungnahme vollziehen. Das ist der Hintergrund jener Krisenerscheinung, wie sie in der Stellungnahme der 436 Pfarrer zum Ausdruck kommt.

Verantwortlich dafür ist eine theologische Richtung, die zu beurteilen wir uns als Laien gewiss nicht anmassen. Für die Beurteilung der politischen Auswirkungen dieser Richtung sind wir dagegen weniger unzuständig als Personen, die Beruf und Interesse in anderen Gebieten finden. Es will uns scheinen, dass Widerstand und Widerspruch gegen den kommunistischen Totalitarismus nur da grundsätzlich und notwendig ist, wo man auf dem Wege ist, sich der christlichen Voraussetzung der abendländischen Kultur zu erinnern. Wir wissen auch, dass die christliche Hoffnung höher greift als nach dem, was dem politischen, wirtschaftlichen und sozialen Handeln zugänglich ist.

Es war gerade Karl Barth, der angesichts der nationalsozialistischen Diktatur eine beispielhafte und gegenüber der kommunistischen Diktatur leider unterbliebene Haltung einnahm, auf Grund welcher er von der Kirche ein politisches Bekenntnis und einen politischen Gottesdienst verlangte.

Dass diese Haltung heute so anders ausfällt als damals ist die Ursache dieser besorgniserregenden Krise. Wir folgen Karl Barth in seiner Auffassung von damals und wenden sie an auf den Kommunismus von heute; das brächte die Ueberwindung dieser Krise: «Gerade auf der Linie des genuin christlichen Glaubens an die Auferstehung Jesu Christi von den Toten, des Glaubens daran, dass ihm alle Macht gegeben ist im Himmel und auf Erden, kann man zum deutschen Nationalsozialismus tatsächlich weder Ja, noch Ja und Nein, sondern nur von ganzem Herzen und in ganzer Entschlossenheit Nein sagen. Man müsste ihn denn noch immer nicht verstanden oder gerade die Botschaft der Bibel noch immer nicht zu Ende gedacht haben oder aber einer Art von Schizophrenie verfallen sein, in der man für das innere und für das äussere Leben, Denken und Wollen mit Bewusstsein ganz verschiedene Massstäbe gelten lässt und zur Anwendung bringt.»

Aus der gleichen Einstellung heraus sollte heute auch gegenüber dem Kommunismus die gleiche Ablehnung vollzogen werden. Dass das nicht zutrifft, begründet die Krise, von der hier die Rede war.

Peter Sager.